3 1761 07485514 9

HB
44
B5
Bd.2
Heft.7

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/sammlungnational02bier

Sammlung

nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge

in zwangloser Reihenfolge

herausgegeben

von

Dr. jur. et phil. **Magnus Biermer,**
ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen.

Zweiter Band

Heft 7.

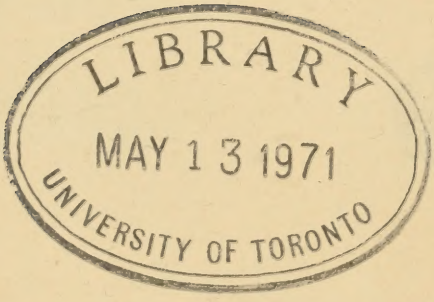
Die politische Krisis in England.

2638
4407
HANDELSKAMMER HALLE a. S.

Verlag von Emil Roth in Gießen.
1910.

Alle Rechte, namentlich auch das der Ueberſetzung
in's Engliſche, vorbehalten.

HB
44
B5
Bd. 2
Heft 7



Vorrede.

Zum erstenmal veröffentliche ich in meiner Aufsatz- und Vortragssammlung Betrachtungen nicht-nationalökonomischer, sondern politischer Art. Immerhin fehlt auch in dem neuen Aufsatze der wirtschafts- und sozialpolitische Hintergrund nicht ganz, während auch die früheren Hefte, die staatswissenschaftliche Dinge im eigentlichen Sinne behandelten, nicht frei von politischen Exkursen waren.

Wenn man die schwere Krisis im Verfassungsleben einer führenden Nation, die gleichzeitig unsere gefährlichste Konkurrentin auf dem Weltmarkte ist und auch unsere politische Widersacherin im Völkerkonzert geworden ist, zu betrachten unternimmt, streift man ganz von selbst auch das wirtschaftliche und finanzpolitische Gebiet. Es bedarf also keiner weiteren Rechtfertigung, wenn ich das neue Heft meiner Sammlung einverleibe.

Einen mehr äußerlichen Anlaß für mich, die vorliegende Broschüre zu veröffentlichen, bot die Tatsache, daß ich im Laufe der letzten Jahre wiederholt in Tageszeitungen zu den Problemen des englischen politischen Lebens Stellung genommen habe. Was ich indessen heute, nachdem der zweite große Wahlkampf sein Ende erreicht hat, zur englischen Frage sage, ist in der Hauptsache eine Zusammenfassung vorsichtig ausgewählter und kritisch kommentierter Preßkundgebungen. Eine sehr aufmerksame Beobachtung der interessanten Vorgänge, die sich auf jahrelange Studien und nicht etwa nur auf deutsche Quellen stützt, aber zum Teil zu anderen als den landläufigen Ergebnissen führt, legte mir nahe, mich einmal etwas ausführlicher zur Sache zu äußern. Ich verkenne allerdings nicht, daß manches, was ich sage, etwas hypothetischer Natur ist und möglicherweise durch unberechenbare Ereignisse der allernächsten Zeit überholt werden wird. Warten wir es ab!

Gießen, Weihnachten 1910.

Biermer.

I.

Die Zeiten der deutschen Anglomanie sind längst vorüber. Sie gehören der Geschichte an. Im kampfesfreudigen Wettbewerb ist unser nationales Selbstvertrauen auch den Briten gegenüber gewachsen. Wir haben einsehen gelernt, daß bei aller Bewunderung für das englische Kulturleben wir uns des unsrigen, wenn es auch vielfach ganz selbständige Bahnen eingeschlagen hat, nicht zu schämen brauchen. Freilich wäre ein chauvinistischer Dünkel ebenso verfehlt, wie der frühere einseitige Respekt vor den vielbewunderten britischen Verhältnissen, insonderheit den konstitutionellen. Auch heute noch können wir von unsern angelsächsischen Vettern jenseits des Kanals unendlich viel lernen, namentlich was politische Reife, kavaliermäßigen Ton im Parlament und der Regierung gegenüber und unerreichte Disziplin im Parteileben anlangt. Freilich lassen sich deutsche und englische Verfassungs- und Parteiverhältnisse nach wie vor fast gar nicht miteinander vergleichen. Die Parallelen, die trotz aller Verschiedenheiten gezogen werden, sind ebenso irreführend wie die vielfachen Nutzanwendungen auf deutsche Zustände, die durch die Parteibrille gesehen und von Parteifanatikern empfohlen werden.

Wer Gelegenheit gehabt hat, aufmerksam zu verfolgen, was die maßgebende deutsche Presse in den letzten Monaten über den englischen Kampfschauplatz berichtet hat, dem wird nicht entgangen sein, daß zwischen dem, was die einheimischen Schriftleitungen ihrem Leserpublikum auseinandersetzten, und dem, was Korrespondenten an Ort und Stelle an deutsche Zeitungen schrieben, mancherlei Unstimmigkeiten bestanden. Selbst in den gut und einheitlich redigierten großen Tageszeitungen, die keine Mühe

und Kosten scheuen, uns über die große Auslandspolitik fortlaufend und zuverlässig zu unterrichten, waren solche Widersprüche, die nur dem unachtsamen oder unkritischen Leser entgangen sein können, wahrnehmbar. Dazu kommt, daß bei der Beurteilung der politischen Ereignisse eines Landes mit einer so langen, wechselvollen und überraschungsreichen parlamentarischen Geschichte, wie sie Großbritannien aufzuweisen hat, nur derjenige wirklich klar sehen kann, der auch diese Geschichte genauer studiert hat. Die historischen Grundlagen der Parteien, ihre Entwicklung, die hinter ihnen stehenden Interessen und nicht weniger die handelnden Personen hüben und drüben muß man kennen und sie bewerten können, wenn man sich ein zutreffendes Bild von der politischen Kraftverteilung machen will. —

Das britische Volk wird mit einem gewissen Recht auch heute noch als eines der konservativsten von allen bezeichnet. Das zeigt sich nicht etwa bloß in den oft geschilderten Aeußerlichkeiten, die uns bei einem so modernen Handels- und Industrievolke manchmal als geradezu absurd erscheinen mögen, sondern auch in dem Grundcharakter der Bevölkerung in allen ihren Teilen. Alles verrät einen angeborenen Zug, am historisch Gewordenen zähe festzuhalten. Form und Inhalt sind gleich konservativ. Erhebliche Neuerungen stoßen deswegen stets auf einen kräftigen passiven Widerstand, der nur sehr langsam gebrochen werden kann, nicht selten aber unüberwindlich bleibt. Wer sich mit der modernsten aller Bewegungen, der Arbeiterbewegung, ernstlich befaßt hat, der weiß, wie lange es gerade in England gedauert hat, den dort einheimischen klassischen Boden des starren Individualismus zu lockern. Noch heute, wo wir eine selbständige Arbeiterpartei, den siegreich vorwärtsstrebenden Munizipalsozialismus und die staatssozialistische Altersversorgung haben, ist von einem dauernden Sieg des Radikalismus noch keine Rede. Das größte Industrievolk der Welt hat immer noch die einflußloseste Sozialdemokratie. Gewiß, die Blütezeit des nüchternen Tradeunionismus ist vorbei. Die unpolitische Gewerkvereinstaktik ist, unterstützt durch eine Periode

der wirtschaftlichen Depression, ins Stocken gekommen, die Notwendigkeit der political action ist allmählich auch unter den älteren Gewerkvereinlern mehr und mehr erkannt worden. Infolgedessen ist die selbständige Arbeiterpartei (Independant Labor Party) in ihrer Anhängerschaft in ganz kurzer Zeit von einer Million Mitglieder auf anderthalb hinaufgestiegen und hat bei der jetzigen eigenartigen Parteikonstellation an ausschlaggebender Kraft unzweifelhaft gewonnen. Aber was bedeutet diese vielbeachtete Umwandlung gegenüber der Tatsache, daß diese Fraktion auch heute nur über 43 Mandate verfügt von 670 Mandaten im Unterhause überhaupt? Es ist klar, daß auch heute noch ein großer Teil der Arbeiterschaft, die über 2½ Millionen gewerkvereinlich Organisierte besitzt, mit anderen Parteien geht, also klassenkämpferische Ziele verwirft und ebensowenig eine intransigente Taktik liebt. Man ist selbständiger, demokratischer, staatssozialistischer und, wenn man will, auch klassenbefangener geworden. Aber von dem Klassenhaß und der Klassenverhetzung nach kontinentalem Muster merkt man doch recht wenig. Der nüchterne fischblütige Charakter und ein gewisser historischer Sinn beherrschen selbst die Kreise der Bevölkerung, die am wenigsten auf Traditionen und gesellschaftliche Kompromisse angewiesen sind.

Als vor nunmehr sechzehn Jahren der Gewerkvereinskongreß zu Norwich mit Stimmenmehrheit sich für die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erklärte und eine Resolution zugunsten der Verstaatlichung des Grund und Bodens annahm, glaubte Adolph Wagner den Optimismus der Brentanoschen Schule mit den Worten verhöhnen zu dürfen, die Elite der englischen Arbeiterschaft sei „mit Pauken und Trompeten ins Lager der Sozialdemokratie übergegangen"; natürlich eine ganz voreilige Uebertreibung, die den Tatsachen ebensowenig entspricht, wie das Dogma von dem alleinseligmachenden Gewerkschaftsprinzip, an dem Brentano und andere immer noch festhalten. Die Norwicher Beschlüsse sind allerdings ausgesprochen sozialistisch, aber sie sind ganz abstrakter Natur und haben nicht viel mehr realpolitische Bedeutung, als wenn sich

ein englischer Arbeiterkongreß für die Abstinenz oder die Heilsarmee aussprechen würde. Die Bewegung der englischen Bodenreformer aber, mit der die Tradeunionisten vielfach sympathisieren, löst sich bei Licht in eine Bekämpfung des britischen Fideikommißrechts auf. Auch sie erscheint in einem „kollektivistischen" Gewande. Aber hinter diesem dekorativ-doktrinären Aufputz schlummern legislative Forderungen, die längst vorher große Teile der bürgerlichen Gesellschaft zu den ihrigen gemacht haben. In dem frommen England hat man eben scharf zwischen „Sonntagsideen" und der Realpolitik des Alltags zu unterscheiden. Die große Masse des Proletariats ist viel zu trocken veranlagt, um sich für einen phrasenhaften Antikapitalismus erwärmen zu können. In der Siedehitze des Wahlkampfs wird freilich dort, ebenso wie anderswo, mit allem Möglichen gedroht und renommiert. Man arbeitet und berauscht sich in Hyperbeln. Kommt es aber dann später zur nüchternen Fraktionsarbeit, so ist der frühere uferlose Radikalismus wie Nebeldunst verflogen. Der geschäftsmäßige Gleichmut eines Volkes von Händlern gewinnt wieder Oberwasser. Alle sind in die alten Bahnen zurückgekehrt. Richtig ist es allerdings, daß die führende englische Arbeiterschaft in den beiden letzten Jahrzehnten ihre Haltung nach den verschiedensten Richtungen hin korrigiert hat. Man beschickt jetzt internationale Sozialistenkongresse, sympathisiert mit der schärferen Tonart des Kontinents, gibt aber, sobald die Resolutionen gar zu rot und revolutionär ausfallen, abwehrende und unbequeme Separatvoten ab. Zu Hause beschränkt sich der Kampf auf eine stärkere Betonung der staatlichen Prophylaxis und gegen eine den Gewerkvereinen feindliche Sondergesetzgebung und Judikatur. Da letztere vom Oberhause auszugehen pflegt, vermehrt sie allerdings auch den Zündstoff gegen die „erblichen Gesetzgeber". In Fragen des Koalitions- und Vereinsrechts lassen die organisierten britischen Arbeiter nun einmal nicht mit sich spaßen, aber sie bleiben in ihrer Mehrheit immer Opportunisten. Die Requisiten des Klassenkampfes haben sie angeschafft, aber sie modern in der Kommode. —

Ich habe hauptsächlich um deswillen zunächst auch die englische Arbeiterbewegung exemplifiziert, weil sie mir besonders charakteristisch für das englische politische Leben erscheint. Sie gibt die besten Anhaltspunkte für eine unbefangene Beurteilung der Verfassungskämpfe der Gegenwart. Ihre treibenden Kräfte sind namentlich bedeutsam für die in Deutschland arg vernachlässigte Frage, ob und wie weit die liberale Partei und ihr demokratisches Kabinett Asquith auf die Heeresfolge der Arbeiterpartei rechnen können. Absolut zuverlässige Verbündete sind die Arbeiterabgeordneten jedenfalls ebenso wenig wie die irischen Nationalisten. Beide Parteigruppen, so verschieden sie in ihren Programmen und in ihrer Taktik sind, nehmen, wenn es sein muß, das Gute, woher sie es bekommen. Beide verlangen aber von dem liberalen Kabinett erheblich mehr, als es ihnen mit Rücksichtnahme auf die liberale Wählerschaft zugestehen kann. Denn auch der Liberalismus will erfahrungsgemäß allzu stürmische Reformen und allzu radikale Experimente nicht mitmachen. Das zeigt sich schon in der Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts. Sie ist keineswegs einheitlich, sondern weist neben einem vorläufig maßgebenden linken Flügel mit dem Ministerpräsidenten Asquith und dem Finanzminister Lloyd-George als Führer auch einen mehr rechts stehenden gemäßigten Flügel auf. Selbst der ehemalige Gewerkvereinsführer John Burns, früher einer der radikalsten von allen, dem im Ministerium die lokale Selbstverwaltung des Landes untersteht, geht so sehr seine eigenen Wege, daß ein dem königlichen Hause sehr nahe verwandter hoher Herr ihn mit den Worten pries: „Mr. Burns ist eigentlich der einzige Tory, den wir noch im Ministerium haben!" Diese Aeußerung mag paradox klingen, sie war auch halb im Scherze gemeint. Aber sie hat auch ihre ernste Seite. Burns ist beileibe nicht ein britisches Gegenstück zu dem französischen Renegaten und Verwandlungskünstler Briand. Er ist sich vielmehr treu geblieben, nur daß er den älteren Tradeunionismus, den er früher als Agitator mit den ehrwürdigen Gräbern der Westminster-Abtei verglichen hat, ernster nimmt als

vorher. Den Glauben an die organisierte Selbsthilfe will er auf keinen Fall erschüttert wissen.

Burns' Eintritt in das Kabinett war allerdings ein bemerkenswertes Zugeständnis an die Arbeiterschaft. Als ihn damals Asquith's Vorgänger im Ministerpräsidium, Sir Henry Campbell-Bannerman, zur Mitarbeit einlud, verfolgte er unzweifelhaft damit den Zweck, einen Mann zur Seite zu haben, dessen ungewöhnliche Popularität dafür bürgte, durch ihn die Draufgänger in der Arbeiterfraktion im Zaum halten zu können. An Zusammenstößen zwischen diesen und dem Minister hat es freilich trotzdem nicht gefehlt. Das Kabinett Asquith, der nach dem Tode Sir Campbell-Bannerman's dessen Vorsitz übernahm, trägt in rationeller Weise der keineswegs ganz gleichmäßigen Zusammensetzung der liberalen Partei Rechnung. Die Führung liegt allerdings in den Händen des für englische Verhältnisse erstaunlich demokratischen Flügels. Schon die Herkunft des Premierministers ist bezeichnend. Er ist der erste berufstätige Advokat, der es in der Geschichte Englands jemals zum Premierminister gebracht hat, und, abgesehen von Lord Beaconsfield, ist er auch der erste, der zu diesem höchsten Posten des Landes berufen wurde, obgleich er aus der Mittelklasse hervorgegangen. Ohne Beihilfe von Reichtum oder einflußreichen Familienbeziehungen — so führt der bekannte Sidney Whitman in einem ausgezeichneten Artikel in der Wiener „Neuen Freien Presse" aus — hat er sich emporgearbeitet. Selbst Lord Beaconsfield hatte als Benjamin Disraeli durch seine persönliche Beliebtheit bei hervorragenden Mitgliedern des Territorialadels den Einfluß der Aristokratie zu seiner Verfügung, während Asquith von der Picke auf dienen mußte. Asquith' Erfolg ist ganz allein auf seinen kalten nüchternen, aber überragenden Verstand und seine Kunst, die er von Gladstone geerbt haben könnte, mit Zahlen zu operieren, zurückzuführen. Seine Karriere ist ein Zeichen der Zeit. Sie markiert die allmähliche politische Enteignung jener großen aristokratischen Territorialfamilien, die bisher die Geschicke Englands, gleichgültig, ob die Konservativen oder die Liberalen am Ruder waren, ge-

leitet haben. Mit Gladstone hat er allerdings sonst wenig gemein. Dieser hat die bessere Verteilung der konstitutionellen Gewalten zwar auch als eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit bezeichnet, aber er war trotzdem durchaus Altliberaler und nicht Demokrat im Sinne von Asquith oder gar des zweiten Führers des Kabinetts Lloyd-George. George, der Vertreter des sozial gestimmten Radikalismus, ein ungemein temperamentvoller, geradezu leidenschaftlicher und manchmal direktionsloser Bekämpfer des Grundbesitzes und des Kapitalismus, ist das gefährlichste Element des, wie schon gesagt, auf gewissen, schlecht verdeckten Kompromissen aufgebauten und keineswegs homogen gestimmten Ministeriums. Diesem Minister-Demagogen gegenüber ist selbst der Munizipalsozialist John Burns mehr ein behäbiger Bourgeois, als ein Volksbeglücker. Lloyd-George mag dem reservierten Verstandsmenschen Asquith durch seine Draufgängermanier oft genug recht unbequeme Verlegenheiten bereitet haben. Gemäßigte Elemente bezeichnen schon heute Lloyd-George oder, wie er jetzt angeredet sein will, George schlechthin, als den „Totengräber der liberalen Partei". In der Tat hat er das Spezifisch-Britische, wie seine rücksichtslose Bekämpfung des Imperialismus im Burenkriege zur Genüge beweist, gänzlich abgestreift. Das ganze englische Volk ist in solchen nationalen Dingen außerordentlich empfindlich. Wenn es trotzdem dem unbequemen Kritiker verziehen hat, so beweist das eben nur, daß man nicht sentimental denkt, nicht nachträgt und rasch lebt. Wer spricht denn heute noch von der Burenfrage? George's neuzeitliche Popularität ist eine ganz besonders geartete. Sie ist in Volksversammlungen, die der waschechte Brite, wenn dort schlagfertige und witzige Redner von Ruf erscheinen, über alles liebt, erworben, also nicht besonders solid fundamentiert. Das Auftreten eines solchen politischen „Einpeitschers", wie es George trotz seines Ministerfracks ist, weicht durchaus von der Schablone ab. Was den englischen Staatsmännern und Parlamentariern einen besonderen Reiz verleiht, ist, daß sie trotz aller Schärfe der sachlichen Gegensätze sich einer gentlemanliken Urbanität des Tons dem einheimischen Gegner

gegenüber befleißigen, und daß sie rednerische Duelle mit einer chevaleresken Ueberlegenheit ausfechten, wobei gewisse ironische und satirische Bosheiten durch einen gutmütigen Humor, für die das Land der Pickwickier so empfänglich ist, zu verzuckern verstehen. Von diesen sympathischen Zügen, die das Ergebnis einer erstaunlichen politischen Reife und Schulung sind, hat Lloyd-George keinen einzigen. Er ist ein Volkstribun und fanatischer Agitator im groben Stil. Auf Salonfähigkeit legt er keinerlei Wert. Um so öfter betont er, daß er politischer self-made-man sei und den trockenen Ton satt habe. Die Politiker der älteren Schule, mögen sie nun konservativ oder liberal sein, bemühten sich, zu zeigen, daß sie historisch und philosophisch durchgebildete homines literati seien, die ihren politisch-kulturellen Schliff auf den berühmten Universitäten des Landes erworben haben und damit eine geistige Ueberlegenheit den Wählermassen gegenüber. In ihren Mußestunden griffen sie zur Feder und schrieben feinsinnige Essays, mit Vorliebe über solche Gebiete, die mit der Politik des Tages nichts zu tun haben. Diese sogenannte „Oxford-Manier" liegt dem gegenwärtigen Schatzkanzler einfach nicht. Er posiert den Volksmann und scheut sich dabei nicht, auch dem alten Liberalismus, der ihm zu doktrinär, nicht volkstümlich und sozialistisch genug erscheint, kräftig am Zeuge zu flicken. Das ist gegenwärtig zeitgemäß. Der individualistische Liberalismus hat sich zur Ruhe gesetzt. Seine Dogmen haben unter dem Guerillakrieg der sozialistischen Sekte der „Fabier" an Zugkraft verloren. Aber die politischen Manieren und Methoden sind doch die alten geblieben. Lloyd-George, der sie geflissentlich ignoriert, hat es trotzdem verstanden, in Mode zu kommen. Aber die Mode, auch die politische, ist wetterwendisch. Wer weiß, wie lange noch Lloyd-George sich der aura popularis zu erfreuen hat. Selbst ein Mann wie der große Gladstone hat erfahren müssen, daß der englische Liberalismus gewisse konservative Züge nicht verleugnen und bei einer launenhaften und sprungweisen Politik des Augenblicks plötzlich versagen kann.

II.

Ein gewisser demokratischer Zug beherrscht zur Zeit die ganze Welt. Nach einer ausgesprochenen Periode der Sozial- und der Weltpolitik sind wiederum Verfassungsfragen in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Selbst Rußland und die Türkei sind konstitutionell geworden oder behaupten das wenigstens. In Spanien kriselt es schon lange, Portugal ist über Nacht Republik geworden. Oesterreich hat sich das allgemeine Wahlrecht gegeben. In Preußen laufen die Liberalen Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht. In dem konstitutionellsten Lande der Welt, in Großbritannien, waren die demokratischen Wahlrechtsreformen längst abgeschlossen. 1832 bereits bekamen die Mittelklassen das Stimmrecht, 1867 die Handwerker, 1884 die große Masse der Arbeiter in Stadt und Land. Bestehen blieben aber die regierenden Klassen, die hohe Aristokratie, die landbesitzende Gentry und die mit der territorialen Aristokratie nach Lebensauffassung und Tradition verschwägerten Magnaten der Industrie und des Handels. Auch nach der Herbeiführung des Arbeiterstimmrechts im Jahre 1884 blieb die Politik weiterhin ein Monopol einer gewissen Oligarchie. Aristokratische und plutokratische Elemente, angesehene Advokaten und sonstige Glieder der fashionablen Welt nahmen die Sitze im Hause der Gemeinen ein. Das Volk stimmte, aber kam nicht ins Parlament. Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts ließ sich selbst die Arbeiterklasse mit Vorliebe durch einen „gentleman" vertreten und stimmte keineswegs immer liberal. Erst die Wahlen von 1906 brachten einen ganz überraschenden Umschwung. Die Reihen der Gentlemanpolitiker wurden stark gelichtet, an ihrer Stelle hielt eine Mittelklasse ihren Einzug. Nur wenige Aristokraten schlugen sich damals auf die liberale Seite. Die führenden Männer waren verhältnis-

mäßig jung und politische Neulinge. Sie hatten sich von dem Einflusse, der trotz alles Liberalismus doch sehr exklusiven, mehr aristokratischen wie demokratischen Gladstoneaner, von denen viele durch die Schule von Männern wie die Lords Palmerston und Russel gegangen waren, mehr und mehr emanzipiert. Umso schwerwiegender wurde das Gegengewicht des Oberhauses. Die Whigs und Tories, so sehr sie sich bei der bekannten eigentümlichen Schaukelpolitik in den Haaren lagen, hatten immerhin einen gemeinsamen historischen Boden, der die stolze Geschichte des Landes verkörperte. Er ist jetzt unterwühlt. Zwischen Männern wie Lord Lansdowne und Balfour einerseits, Asquith, Winston Churchill und namentlich Lloyd-George andererseits, gibt es solche Berührungspunkte kaum mehr. Der Gegensatz ist ein unversöhnlicher, grundsätzlicher geworden. Politische Weltanschauungen stehen sich starr gegenüber. Bei dieser total veränderten Kraftverteilung und der unvermittelten, neugebackenen Demokratisierung des Landes hat nicht etwa, wie man so oft hört, das Oberhaus seine Rolle ausgespielt. Ganz im Gegenteil! Niemals zuvor ist sein Einfluß größer gewesen. Auf die Revolution von unten, die sich anfänglich in aller Stille vollzog, folgte eben eine Konterrevolution von oben, von seiten der vereinigten konservativen Interessen, geführt von den Peers. Aus dem stillen Gegensatz und Waffenstillstand erwuchs dann ein offener Kampf in den leidenschaftlichsten Formen. Er wurde akut in der Budgetfrage.

Eine höchst mißliche Finanzlage mit einem gewaltigen Defizit, das mit dem Flottenbau und der Altersversorgung aufs engste zusammenhing, machte eine Finanzreform großen Stils unerläßlich. Es sollte ein Fehlbetrag von 330 Millionen Mark beseitigt werden, und zwar vorwiegend durch Besitzsteuern, auf Einkommen, Wertzuwachs und Erbschaften gelegt. Die Tatsache, daß man gerade in diesem denkbar ungünstigen Zeitpunkte das Gesetz über die Alterspensionen durchgeführt hatte, gab den konservativen Kritikern des Budgets den willkommenen Anlaß, das Ministerium des unüberlegten Staatssozialismus und der Kapitalfeindlichkeit zu zeihen. Die Mehrbelastung der hohen Einkommen und der großen

Nachlässe, die Besteuerung des „unverdienten" Wertzuwachses, die Erhöhung der Stempel für Immobilien und Wertpapiere, die der neue Schatzkanzler, Lloyd-George forderte, wurden in allen besitzenden Klassen als radikale, ungerechte und drückende Maßnahmen empfunden, und so geschah das für England Unerhörte, daß das Oberhaus das im Haus der Gemeinen durchgepeitschte Budget glatt ablehnte. Die Peerskammer kann ja das Budget nicht amendieren. Sie kann es nur im ganzen annehmen oder ablehnen. Trotzdem war die Verwerfung eines Budgets ein ganz außerordentlicher Schritt und gleichbedeutend mit einem Appell an die Wählerschaft. Beide Teile waren durchaus zielbewußt vorgegangen. Das Kabinett wollte die Oberhausfrage provozieren, und das Oberhaus Neuwahlen erzwingen. Die Stimmung im Lande schien für die Opposition nicht ungünstig zu sein. Einige Nachwahlen hatten das bewiesen. Die Tarifreform und die Flottenpanik hielten dazumal das Volk fortgesetzt in Atem. Balfour und Chamberlain hofften deswegen, im Trüben fischen zu können, wenn es ihnen gelänge, im Hinblick auf diese aktuellsten Fragen einen Keil in die anderen Parteien zu treiben. Es war vorsorglich und politisch außerordentlich klug, daß sie sich bei diesem Plane durchaus auf den strikt konstitutionellen Boden stellten, indem sie erklärten, man könne die große Verantwortung allein nicht tragen, bevor man die Wählerschaft um ihre Meinung gefragt habe. Man nennt diese Methode neuerdings in England nach schweizerischem und amerikanischem Muster ein „Referendum". Aber diese Form des Plebiszits ist doch eine ganz besondere. Die Legislative wird nicht in die Hände der Wählerschaft gelegt, sondern die neuen Abgeordneten sollen nur imperative Mandate bekommen.

Den Liberalen kam der Referendumsgedanke begreiflicherweise außerordentlich ungelegen, denn das Oberhaus zeigte sich plötzlich demokratischer als das Haus der Gemeinen. Man hat nicht mit Unrecht von einer „roten Reaktion" gesprochen und sogar auf Bismarck hingewiesen, der die Fortschrittspartei durch das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht entwaffnen wollte.

Die streng konstitutionelle Haltung der Peerskammer, die bei Licht betrachtet die Anerkennung eines ultrademokratischen Prinzips und die tatsächliche Einführung einer bedeutsamen staatsrechtlichen Neuerung — ein suspensives Veto, statt eines absoluten — bedeutet, hatte schon einmal im Jahre 1893 den Lords, die die zweite Homerule-Bill verworfen hatten, zum Siege verholfen. In der Politik ist der Besitz der Macht alles. Warum also sich über die möglichen Konsequenzen einer solchen zeitweiligen Konzession an die demokratischen Volksinstinkte allzusehr den Kopf zerbrechen?! Bei anderer Gelegenheit kann man auch anders; eine gerissene Taktik, die beweisen dürfte, wie gefährliche und überlegene Widersacher die Tories sein können. Ihr Führer im Hause der Gemeinen, Arthur James Balfour, der dreimal unter Lord Salisbury, seinem Verwandten, Minister und nach Salisburys Ausscheiden selbst Ministerpräsident war, ist einer der charakteristischsten Köpfe im politischen Leben Großbritanniens. Er ist auch in Deutschland hinreichend bekannt. War er doch lange Zeit der Führer der englischen Bimetallisten, auf den unsere deutschen Doppelwährungsleute überschwängliche, aber trügerische Hoffnungen gesetzt hatten. Seine doppelzüngige Haltung dürfte im Lager der Silberfreunde, wenn es ein solches noch in Ostelbien gibt, noch unvergessen sein.

Auch die Persönlichkeit Balfours ist ein Beleg dafür, daß man die englischen Verhältnisse nur dann verstehen kann, wenn man auch die Charaktere der politischen Akteure kennt. Balfour ist der Typus eines konservativen Demagogen, dabei ein verwegener Hasard- und Schachspieler zugleich, skrupellos in seinen Mitteln, herrschsüchtig und impulsiv in der Taktik. Er reißt seine Parteigänger nicht durch Ueberzeugung, sondern durch Ueberredung mit. Sie folgen ihm gezwungen, aber sie folgen ihm, weil sie den nötigen Autoritätsglauben besitzen. Er ist ein Parteityrann, aber ein Politiker von erstaunlicher Energie und Elastizität. Man hat ihn gelegentlich mit dem gegenwärtigen Führer der preußischen Konservativen, v. Heydebrand, verglichen. Dieser Vergleich hinkt aber gewaltig. Dieser „ungekrönte König aller

Borussen", wie ihn seine Gegner spöttisch nennen, ist kein Staatsmann, über den sich die Nachwelt noch aufregen wird. Sein Arbeitsfeld liegt hinter den Kulissen eines an großen Führern armen Parlaments. Er treibt förmliche S. C.-Politik im Schoße der eigenen Fraktion, von wo es ihm immer wieder gelingt, im kritischen Moment als Champion-Fechter gegen die liberale Finkenschaft in die Arena losgelassen zu werden. Arthur James Balfour hat eine ganz andere Vergangenheit und einen ganz andern politischen Horizont als ein Kgl. Landrat a. D. und Rittergutsbesitzer auf Klein-Tschunkawe im schlesischen Kreise Militsch, wenn es diesem auch gelungen ist, einen Reichskanzler zu stürzen und die Grundlage für einen neuen Reichstag mit 100 Sozialdemokraten zu legen. Will man den englischen Führer mit deutschen Parlamentariern und Staatsmännern vergleichen, dann muß man ganz andere Größen herausgreifen, z. B. die beiden berühmten Hannoveraner Windthorst und Miquel, die man sich ihrer Abstammung, politischen Erziehung und Schulung nach viel besser in ein britisches Milieu hineindenken könnte. Freilich prävalierte bei ihnen noch mehr, als es unter den Kommoners erlaubt wäre, die Advokaten-Routine, die unwiderstehliche Kunst des dialektischen, parlamentarischen Plaidoyers für und gegen den größten Staatsmann ihrer Zeit. —

Balfours gefürchtetes agitatorisches Geschick hat sich in den beiden leidenschaftlichen Wahlkampagnen des Jahres 1910 sehr verschieden bewährt; beim erstenmal glänzend, beim zweitenmal nicht ohne sehr bedenkliche Entgleisungen. Trotz des kurzen Zeitraums, der beide Kämpfe voneinander trennte, war nämlich die politische Gesamtlage nicht die gleiche. Hier wird besonders deutlich, auf wie große Ueberraschungen man im heutigen England seit dem großen demokratischen Umschwunge von 1906, der, wenn er von Bestand bleiben sollte, eine ganz neue Epoche der britischen Politik im Innern und Aeußern bringen könnte, gefaßt sein muß. Der Kampf der Liberalen mit den Unionisten war auf einem Punkt angelangt, wo nur noch die Vermittlung des Königs die Annahme des Budgets

durch das Oberhaus retten konnte. Es zeigte sich aber bald, wie schwach das Königtum in einem Lande, von dem schon vor hundertundfünfzig Jahren Montesquieu sagen konnte, daß sich dort die Republik unter den Formen der Monarchie verberge, geworden war. Allerdings hatte sich König Eduard der Siebente, ein diplomatisches Genie, wie es unter den englischen Souveränen kaum ein zweites gegeben hat, eine ganz exzeptionelle Stellung geschaffen. In der auswärtigen Politik ging er seine selbständigen Wege und verfolgte seine eigenen Ideen. Man ließ ihn dabei ruhig gewähren, ja man zollte ihm solange begeisterten Beifall, als er sich um die Parteikämpfe im Innern nicht kümmerte. Offenbar entsprach diese königliche Reserve auch seinem Geschmack und seiner Begabung. Wahrscheinlich hat er die demokratische Strömung der Zeit, die den erblichen Zweig der Gesetzgebung abzureißen drohte, leichtfertig unterschätzt, so daß, als er zur Vermittlung der unerträglich gewordenen Gegensätze angerufen wurde, er nicht mehr die Entschlossenheit in sich fühlte, durchzugreifen. Zudem war König Eduard damals bereits ein schwerkranker Mann, dessen Tatkraft gelähmt war.

Der Streit drehte sich um das neue Budget. Daß das gewaltige Defizit nur durch eine erhebliche Erhöhung der bisherigen Steuern geheilt werden könne, war klar. Ebenso klar war, daß es ganz vorwiegend direkte Steuern sein müßten, die für den Fehlbetrag aufzukommen hätten. Der Voranschlag des Ministeriums sah allerdings auch indirekte Steuern, Erhöhung der Gebühren für Brenn- und Schankkonzessionen, Erhöhung der Zölle und Akzisen für Spirituosen, sowie Zuschläge zum Tabakzoll, die zusammen etwa hundert Millionen Mark bringen sollten, vor, aber erheblich mehr verlangte man von den besitzenden Klassen im Wege der Einkommen- und Nachlaßbesteuerung. Da die erstere erst bei einem Einkommen von 60 000 Mark eine neue Progression erhalten sollte, so war im Wahlkampfe gegen diese Forderung nichts auszurichten. Um vieles unpopulärer war die stärkere Belastung der Erbschaften, die ja bekanntlich bereits vorher eine exorbitant hohe war. Die besitzenden Klassen, in

ihrer überwiegenden Mehrheit unionistisch, waren jedenfalls in hohem Grade erbittert über die ihnen zugemutete steuerliche Mehrbelastung. Auch im Mittelstand gärte es. Wenn bei uns immer wieder behauptet wird, England habe keinen Mittelstand, so ist das ein bedenklicher Irrtum. Die mittleren sozialen Schichten sind in Großbritannien allerdings nicht so zahlreich besetzt, wie in Deutschland und Frankreich. Auch liegen ihre Grenzen nach oben wie nach unten ganz anders als auf dem Kontinent. Sie sind viel reicher als dort. Ihre politische Macht fällt aber schwer in's Gewicht und ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Deswegen haben auch beide Parteien einen förmlichen Wettlauf um seine Gunst aufgenommen, was um so erklärlicher ist, als die Mittelklassen nach dem bestehenden Wahlrecht, das längst nicht so allgemein ist wie in Deutschland, auch zahlenmäßig von nicht zu verachtender Bedeutung sind. Dieser Sachlage hat das liberale Kabinett vernünftigermaßen Rechnung tragen müssen. Sein Budget sieht die unfundierten Einkommen von 40- bis 60 000 Mark noch für schonungsbedürftig an. Erst die größeren Einkommen, namentlich wenn sie aus Kapitalvermögen herrühren, sollen die höheren Staatslasten übernehmen. Die Einkommensteuerzahler mit mehr als 100 000 Mark Einkünften, die bisher neben den namhaften Lokalsteuern 6 Prozent an den Staat zahlten, sollten fortan 7 bis 8½ Prozent entrichten. Analog war eine Mehrbelastung der großen Nachlässe, deren Ertrag von 370 Millionen Mark auf 430 gebracht werden sollte, gedacht. In den nächsten Jahren sollten sie sogar auf 490 Millionen steigen, also allein so viel bringen wie in Deutschland die ganze letzte Finanzreform. Dieser Effekt war freilich nur dadurch zu erzielen, daß die ganz großen Nachlässe um volle 15 Prozent geschröpft werden sollten. Das war in der Tat eine „partielle Vermögenskonfiskation", die selbst den Mittelstand nervös machen kann, zumal man ihm auseinandersetzte, daß die „sozialistische Regierung", nachdem sie die Millionäre geplündert habe, auch für die Mittelklasse einen Aderlaß vorbereite.

Die Wahlaussichten für die Opposition waren deswegen auch bei den Mittelklassen, so vorsichtig vorläufig deren Portemonnaie vom Regierungstische aus geschont worden war, keine ungünstigen. Der Fehlbetrag des so heiß umstrittenen Budgets rührte nicht, wie immer wieder behauptet wurde, in der Hauptsache von den Mehrausgaben für die Flotte und andere militärische Forderungen her. Die militärischen Kosten machten nur etwa 60 Millionen Mark aus, 175 Millionen kostete aber das Alterversorgungsgesetz, ganz zu unrecht „Alterversicherungsgesetz" genannt. Eine Versicherung liegt schon um deswillen nicht vor, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Beiträge leisten, der Staat also alles bezahlt. Großbritannien hat von dem deutschen Vorbild gar nichts gelernt und ist unter der Herrschaft einer selbstherrlichen Demokratie gleich mit beiden Füßen in einen problematischen Staatssozialismus hineingetappt. Dabei ist die ganze Reform, so außerordentlich kostspielig sie ist – das Deutsche Reich bezahlt nur etwa 50 Millionen Mark an Zuschüssen zu den Invaliden- und Altersrenten –, dürftiges Stückwerk geblieben, denn die englische Altersrente bleibt allen Personen vorenthalten, die jemals Armenunterstützung empfangen haben. Erst wenn Deutschland auf die Abrüstungsvorschläge eingegangen sein sollte, könne – so behauptete man im Wahlkampf – diese beschränkende Bestimmung des geltenden Gesetzes aufgehoben werden.

Der „unersättliche Staatssozialismus", den man Asquith und seinen Parteigängern von den Gegnern vorwirft, hat die bürgerlichen Klassen ohne Zweifel noch mehr beunruhigt als die Steuerpolitik. Sie wollen nicht einsehen, warum die Kosten für die Altersversorgung, zu denen noch die für die um vieles wichtigere Invalidenversorgung hinzukommen werden, nicht von der Allgemeinheit, also durch Zölle und Verbrauchsabgaben, letztere in England Akzisen genannt, aufgebracht werden sollen. Zwar hat das liberale Budget auch die Abgaben für Spirituosen und Tabak ganz erheblich erhöhen wollen, aber die ebenso einträglichen, wie höchst unpopulären Tee- und Zuckerzölle hat man sogar inzwischen wieder

ermäßigt. Die ganz vorübergehend eingeführten Getreidezölle konnte man nur als eine durch den Transvaalkrieg herbeigeführte Kriegsbesteuerung ansehen.

In weitesten Kreisen populär, aber um so unsympathischer bei der aristokratischen Kaste war der Vorschlag, auch den müheloſen Wertzuwachs beim städtischen Grundbesitz durch eine Zuwachssteuer zu fassen. Die vorgeschlagenen Sätze sollten allerdings vor der Hand ganz niedrig sein und nur etwa 7 Millionen Mark bringen. Man kam der in Großbritannien besonders lebhaften und verbreiteten Bodenreformbewegung fürs erste nur zaghaft entgegen. Auch ließ man den landwirtschaftlichen Grund und Boden, wo ja kein Wertzuwachs, sondern im Gegensatz zu uns eine fortgesetzte Entwertung vorhanden ist, grundsätzlich von Abgaben der Art frei. Aber trotz dieser Mäßigung konnte die englische Aristokratie gegen die Besteuerung des städtischen müheloſen Wertzuwachses, wenn auch nur in vorsichtiger Form, in der kapitalbesitzenden Wählerschaft lebhaft Stimmung machen. Man operierte genau so wie in Deutschland bei der Nachlaßsteuer mit dem immer auffallend zugkräftigen Warnungsruf „Principiis obsta!“ —

Ich glaube, daß das liberale Kabinett sich gerade bei der Wertzuwachssteuer durch seine schwer verständliche Leisetreterei und die damit verbundene schwachmütige Inkonsequenz in der Oeffentlichkeit unnötig bloßgestellt hat. Es ist bekannt, wie unermeßliche Reichtümer englische Große aus ihrem städtischen Grundbesitz ziehen. Gehören ihnen ja allein in London in den Distrikten, die man gewöhnlich als „City“ und „Westend“ bezeichnet, den Sitzen des regsten Geschäftslebens, der Theater und Hotels, der Klubs, den Domizilen der Aristokratie der Geburt und des Geldes, fideikommissarisch gebundene Komplexe von Hunderten von Hektars. Jene „Hausagrarier“ pflegen die Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern zu verpachten. Nach Ablauf einer, meist 99 Jahre betragenden Frist, die aber in der letzten Zeit aus leicht begreiflichen Gründen erheblich gekürzt worden ist, fallen die Häuser,

wie sie sind, umsonst an den Besitzer zurück, natürlich mit riesenhaften Konjunkturgewinnen, die um so größer sind, wenn es sich ursprünglich um unbebautes Terrain gehandelt hat, das jetzt in bebautem Zustande dem Heimfallrecht unterworfen wird. Vor einer Reihe von Jahren — um nur ein Beispiel zu erwähnen — liefen in London alle Pachtverträge eines Lords — notabene eines nicht allzulange nobilitierten —, der zwischen Oxford Street und Regents Park reich begütert war, ab. 1786 Häuser, von denen dieser Viscount keinen Ziegelstein bezahlt hatte, kamen mit einem Schlage in seinen Besitz. Der glückliche Eigentümer hat dann neue Verträge auf kürzere Zeit und zu erschwerenden Bedingungen wieder abgeschlossen. Natürlich hat sich auch die laufende Bodenrente, die in stark bewohnten Gegenden bis zu 40 Prozent der Miete betragen soll, gewaltig gesteigert. In einem, allerdings von sozialistischer Seite ausgegebenen und schwer nachzuprüfenden, Flugblatte, auf das die „Frankfurter Zeitung" aufmerksam gemacht hat, war nachgerechnet worden, daß allein in den Londoner Distrikten „City" und „Westend" acht große Güterverwaltungen auf diese Weise jährlich über 300 Millionen Mark vereinnahmen. An der Spitze steht der Herzog von Westminster (Familie Grosvenor). Weiterhin kommen in Frage die Herzöge von Bedfort (Familie Russell), der Herzog von Norfolk, das erbliche Oberhaupt der englischen Katholiken, der Marquis von Northampton, der Graf Cadogan, der Lord Portman, der Lord Howard de Walden und der geistliche Besitz. Hier wären also Steuerquellen noch anzuzapfen von kolossaler Einträglichkeit, bei denen man außerdem nicht, wie beim mobilen Kapital, eine Auswanderung zu befürchten hätte. —

Trotz aller Gründe und Gegengründe für die verschiedenen Steuerreformpläne hat man im Januarwahlkampf von beiden Seiten geflissentlich vermieden, die Finanz- und Steuerfragen allzu sehr in den Vordergrund der Diskussion zu rücken. Politiker von weitem Blick wissen eben, daß Neuwahlen, die unter dem Zeichen solch' heikler Probleme stehen, stets eine höchst prekäre Sache sind und zu einem Kampf aller gegen alle zu führen pflegen.

Deswegen hat ja auch Fürst Bülow, als die Erbschaftssteuer im Reichstag gefallen und damit sein Block zertrümmert war, sich wohl gehütet, an die Wähler zu appellieren. Man hat ihm das sehr zu Unrecht verargt. Wollte die englische Opposition bei den Neuwahlen etwas erreichen und die immer stärker anschwellende, demokratische Gefahr bannen, so mußte sie die Agitation in Bahnen lenken, die weit ab lagen von dem eigentlichen Ausgangspunkte des Streits. War ja auch der Landsdowne-Balfoursche Block keineswegs kompakt genug zusammengesetzt. Die heutigen Konservativen sind nur ein Flügel der unionistischen Partei, der andere, vorläufig schwächere Flügel besteht aus imperialistischen und schutzzöllnerischen Radikalen unter Führung Chamberlains, der freilich als alter Mann nicht mehr recht mittun kann, dessen Ideen aber immer mehr an Boden gewinnen, und schließlich aus unter Gladstone abgefallenen, antipartikularistischen, d. h. antiirischen Liberalen, deren Leitung der ewige Minister-Kandidat Lord Rosebery, der als Schwiegersohn Lord Rothschilds gleichzeitig die wichtige Fühlung mit der Haute Finance herstellt, übernommen hat. Balfour trug dieser heterogenen Zusammensetzung seiner Truppen als politischer Stratege weise Rechnung. Er war der richtige Mann für einen solchen Feldzug gegen markierte Feinde. Fragen der auswärtigen und der Zollpolitik einerseits und die drohende Gewährung von Home-rule an Irland andererseits versprachen die größte Zugkraft. Man redete den Wählern vor, daß England infolge der Nachlässigkeit und dem diplomatischen Ungeschick der liberalen Regierung schwer vom auswärtigen Feinde bedroht sei. In allen Tonarten wurde die deutsche Gefahr und die deutsche Invasion als das nationale Problem der Gegenwart bezeichnet. Die „Germanophobie" steckte ja schon vorher trotz aller Versöhnungsaktionen der ganzen Nation tief im Blute. In nicht weniger verzerrter Form wurde die Frage der Tarifreform mit der Flottenfrage verquickt. Während noch 1906 die imperialistischen Zollpläne Chamberlains vom Volke mit großer Mehrheit abgelehnt wurden, stellten es jetzt die Unionisten so dar, daß man mit Hilfe von

Tarifreformen England auch finanziell so stark und unabhängig machen könne, daß es imstande sei, neben dem weiteren Ausbau der Flotte sich durch einen Rüstungsgürtel vor Kriegen, Invasionen und Unterbindung des britischen Handels zu schützen. Gelang es auf diese Manier, die chauvinistischen Instinkte zu entfesseln, so konnte vielleicht die selbständige liberale Unterhausmehrheit gesprengt werden. Nach ihrer Sprengung war von selbst auch die Homerulefrage akut geworden. Denn wenn die Liberalen erst ihre Eigenmehrheit verloren hatten und auf die Iren angewiesen wurden, so mußte das Asquithsche Kabinett mit jenen Partikularisten paktieren, und dann wiederholte sich das Schicksal des Kabinetts Rosebery, dem die Unterstützung durch die irischen Stimmen zum Verhängnis geworden ist. Damals setzte sich die Regierung fortwährend Demütigungen und moralischen Niederlagen aus, weil sie auf jene ganz unzuverlässigen Nationalisten Rücksicht nehmen mußte. Die irischen Nationalisten hatten auch jetzt kein Hehl daraus gemacht, daß ihnen ihre Homerule wichtiger sei als das Budget, die Zollfrage und selbst die Oberhausreform. In Wirklichkeit hatten sie im Unterhaus in zweiter Lesung gegen das Budget gestimmt und noch in dritter Lesung, wo die Homeruleaussichten bereits recht günstige geworden waren, sich der Abstimmung enthalten. Auf der anderen Seite war es klar, daß Asquith die irische Frage sofort wieder ausschalten würde, wenn er aus den Wahlen siegreich hervorginge. Es ist ihm das nicht gelungen. Die große liberale Eigenmehrheit, die die Wahlen von 1906 gebracht haben, wurde im Januar 1910 vernichtet. Damals hatte das Kabinett 399 liberale Sitze zur Verfügung. Dazu kamen 30 Mandate der Arbeiterpartei. Die Iren brachten es auf 83 Stimmen. Die Zahl der Unionisten betrug dagegen nur 158. Die Liberalen hatten also eine absolute Mehrheit von 64 Mandaten. Freilich hatte sich das ursprüngliche Bild dank einer Anzahl von Nachwahlen etwas verschoben. Schon vor den Neuwahlen anfangs dieses Jahres waren die liberalen Mandate von 399 auf 384 gesunken, die Arbeiterpartei hatte inzwischen drei Mandate erobert, die Unionisten waren von 158 auf 168

Köpfe gestiegen. Aber auch in dieser Zusammensetzung des Unterhauses verfügte die liberale Partei über eine absolute Mehrheit von 49 und überragte mit ihren Kartellbrüdern die Partei der Unionisten um 116 Stimmen.

Die Januarwahlen haben dieses Bild vollständig verschoben. Gewählt wurden 275 Liberale, 273 Unionisten, 82 Iren und 40 Arbeiter. Die Konservativen gewannen also 105 Sitze, die Liberalen aber verloren 109. An einen endgültigen und vollen Sieg, der die Unionisten wieder ans Ruder gebracht hätte, haben Balfour und seine Leute wahrscheinlich niemals ernstlich geglaubt. Balfour selbst hat diese Wahlen nur als die erste Etappe in einer Reihe von Kämpfen um die großen schwebenden Streitfragen bezeichnet. Er hat darin insoweit vollständig recht behalten, als es sich sehr bald zeigte, daß der Kampf erst jetzt in voller Heftigkeit entbrennen würde, denn erst nach dieser ungeheuerlichen Kraftprobe war die britische Verfassungskrisis in ihrer akutesten und unheilvollsten Form ausgebrochen. Beide Teile konnten jetzt nicht mehr zurück. —

III.

Von einigen Optimisten ist ja freilich hie und da gesagt worden, der erste Akt des Dramas beweise nichts, denn er sei ganz schlecht exponiert gewesen. Das will besagen, daß, wenn man die englischen Philister durch die Kriegsfurcht ins Bockshorn zu jagen versteht, mit Leichtigkeit eine heillose Verwirrung und Bestürzung unter der ganzen Wählerschaft anrichten kann. Mit solchen Mitteln der Verhetzung, für die nicht nur die billigen Sensationsblätter, sondern auch die führenden großen Zeitungen, deren Spalten im Wahlkampfe von einem geradezu wahnwitzigen Parteigeiste beherrscht waren, feil zu sein scheinen, kann in der Tat in England leichter als anderswo das Wahlbild verzerrt und gefälscht werden. Ein liberales Parlamentsmitglied des englischen Unterhauses hat in der „Deutschen Revue", wo das Verhältnis Englands zu Deutschland behandelt wurde, offen zugestanden, daß ein nationales Charakteristikum des Engländers, die Unkenntnis fremder Völker sei, auf die er eher stolz sei, als daß er sich ihrer zu schämen brauchte. Dieser Nationalfehler ist leider weltbekannt und führt, seitdem der Brite nicht mehr sein altes stolzes Selbstbewußtsein besitzt, sondern ein unerträglicher, politischer Neurastheniker geworden ist, zu dauernden nationalen Antagonismen. Die Hauptschuld aber an dieser krankhaften Dekadenze trägt die englische Presse, die mehr und mehr von der früheren objektiven Orientierung über andere Länder abgekommen zu sein scheint. Die Fieberhitze des Parteikampfes hat unglaubliche Verwüstungen in den Zeitungsredaktionen, deren journalistische Noblesse man früher mit Recht bewundert hat, angerichtet. Die politische Korrespondenz in Delbrücks „Preußischen

Jahrbüchern", die die englischen Verhältnisse in vornehmer Ruhe und Objektivität beleuchtet, hat über diesen bedauerlichen Niedergang des englischen Preßwesens markige Worte gefunden, namentlich auch darüber, mit welchen Mitteln die Schutzzollfrage ausgekämpft zu werden pflegt. „In den konservativen Blättern lebt der deutsche Arbeiter" — so sagt Dr. Daniels, der auffallend gut informierte Verfasser jener Korrespondenzen, — „glücklich im Schatten seiner Schutzzölle, als zufriedener, rüstiger Mann. In den liberalen Blättern erscheint derselbe deutsche Arbeiter als ein elender Jammermensch, der froh ist, wenn er gelegentlich etwas Pferdefleisch genießen kann. Bei den Freihändlern ist Holland ein reiches und glückliches Land, das unvergleichlich höher steht als sein großer Nachbar Deutschland. („Daily News.") Nach den Protektionisten geht es in Holland so miserabel zu, daß die Bevölkerung in hellen Haufen über die Grenze ins schutzzöllnerische Deutschland abwandert. („Daily Expreß.") Ueber eine für England jetzt so ungeheuer wichtige Frage, wie die der allgemeinen Dienstpflicht, werden keine Aufklärungen, sondern nur extreme Parteimeinungen mitgeteilt. In einem großen radikalen Blatte war kürzlich zu lesen, daß in der deutschen Armee die Offiziere Päderasten, die Mannschaften geschlechtskrank seien, gleichsam als ob das in den Kriegsartikeln stünde. Eine solche Beschränktheit in den Ansichten führt auch zur Verrohung der politischen Sitten, denn wenn man einmal den Gegner nicht verstehen will, so ist es ja das einfachste, ihn auf den Schädel zu schlagen. Daher gedeiht hier jetzt ein nationalistisches Rowdytum, dessen man sich früher doch wohl geschämt hätte. Die eben gegen Deutschland losgelassene Panik, an der die Regierung ihr volles Teil der Schuld trägt, hat unerfreuliche Dinge gezeigt. Es ist keine Ehre für England, wenn bei einem Diner, über das in den Zeitungen berichtet wird, ein pensionierter Admiral die Deutschen „schmutzige Schufte" nennen kann, ohne daß die Oeffentlichkeit protestiert. Wie soll man sich darüber wundern, wenn nach einer gestrigen Mitteilung im Unterhause ein anderer Admiral

öffentlich sagen konnte, falls er die Macht hätte, so würde er den früheren Premierminister Campbell-Bannerman wegen Hochverrats auf Trafalgar-Square aufhängen lassen! Dies von einem Manne, der seit einem Jahre im Grabe liegt!"

Nach diesen duftigen Leseblüten, die etwa anderthalb Jahre zurückliegen, die sich aber beliebig vermehren ließen, kann man sich allerdings nicht wundern, daß der Feldzug gegen das liberale Kabinett den Unionisten reiche Früchte eingetragen hat. Aber der wirklich objektive Beobachter wird doch zugestehen müssen, daß die Deutschenhetze allein unmöglich hingereicht hätte, den Liberalen so viel Sitze zu entreißen. Denn einmal war bekanntlich die Germanophobie auch im demokratischen Lager stark verbreitet. Haben ja doch die „unschuldigen" Demokraten die Fortsetzung ihrer staatssozialistischen Experimente davon abhängig gemacht, daß Deutschland keine Dreadnoughts mehr baute. Mit Jubel haben die Liberalen auch die geheimnisvolle deutschfeindliche Einkreisungspolitik des verstorbenen Königs Eduard verfolgt. Selbst seine wundersame Annäherung an Rußland, die vielleicht einem Teil der Liberalen unheimlich erschien, war von den meisten von ihnen gutgeheißen worden. In der Geschichte wird jedenfalls König Eduard als der Chef einer antigermanischen Allianz, die aber nicht zum Frieden, sondern zu fortgesetzten neuen Rüstungen geführt hat, figurieren. Hinter ihm stand allerdings die überwiegende Mehrheit des Volks, die den geräuschlos arbeitenden Diplomaten schließlich förmlich vergötterte. Es schmeichelte der Eitelkeit des Landes, zwei große europäische Militärmächte und eine dritte in Asien zu Freunden zu haben. Die Angst vor der deutschen Invasion hatte zeitweilig geradezu ungeheuerliche, ja lächerliche Dimensionen angenommen.

An diesen Verirrungen sind Liberale und Konservative gleich schuld. Der neuen Krankheit, der Teutophobie, waren alle verfallen, nur die Ansteckungsgefahr war verschieden. Mit König Eduards Tode war zwar alsbald ein Stillstand in der Deutschenhetze eingetreten. Die Trauer um den König, die freilich schlecht mit den republikanischen Nei-

gungen der demokratischen Parteigruppen in Einklang zu bringen war, beherrschte das ganze große Land. Man schien stillschweigend einen Waffenstillstand geschlossen zu haben, zumal der neue König ein unbeschriebenes Blatt war. Aber dieser kampfesmüde, byzantinisch-sentimentale, Friede war nicht von Dauer. Das vielumstrittene Budget war freilich inzwischen Gesetz geworden. Aber wie sollte es weitergehen? Sollte man sich auch fernerhin von der Peerskammer diktieren lassen, ob die parlamentarischen Arbeiten ihren Fortgang nehmen sollten und von einer aufsässigen Minorität sich immer neue Wahlkämpfe oktroyieren lassen? Die vielgepriesene Mehrheit der Liberalen erwies sich in dieser kritischen Lage schon nach wenigen Monaten als eine ziemlich wackelige. Auch das Ministerium Asquith, das aus dem altliberalen Ministerium Campbell-Bannerman hervorgegangen war, hatte im Laufe der Zeit seine Zusammensetzung etwas geändert. Von zwanzig Ministern waren sieben ausgeschieden. Diese Verschiebung war nicht nur nach persönlicher Richtung, sondern auch in sachlicher nicht ganz unwichtig. Radikale Elemente waren zum Teil an die Stelle der gemäßigten getreten. Asquith freilich für seine Person hätte am liebsten die Parlamentsarbeiten ganz verschoben, um das Kabinett und das Land zur Ruhe kommen zu lassen. Vorläufig besaß er ja eine gewisse Mehrheit, die unter den Nachwirkungen des ersten Wahlkampfes gefestigt erschien. Frühere Kabinette hatten ja auch mit einer viel kleineren Unterhausmehrheit zu regieren verstanden. Das Parlament von 1847 hatte nur ein Uebergewicht von zwei Stimmen und lebte damit fünf Jahre lang. Die konservative Mehrheit, die 1852 ans Ruder kam, betrug nur acht Stimmen und hielt sich ebenfalls ein Lustrum lang. Das erste Gladstonesche Kabinett hatte zwar eine viel größere liberale Mehrheit, aber einen desto schärferen Gegensatz zum Oberhause und brachte trotz dieser Opposition sechs Jahre lang eine brauchbare Legislative zustande.

Nicht die geringe Mehrheit, die dem Ministerium Asquith nach den Neuwahlen blieb, machte die politische Lage zu einer so

unsicheren. Die Hauptsache war vielmehr, daß die Regierung in allen Abstimmungen auf die Nationalisten und die Arbeiterpartei angewiesen war. In dieser eigenartigen Zwangslage, die früher, wo es nur zwei Parteien gab, ausgeschlossen war, war es außerordentlich schwer, ein festes Programm aufzustellen und durchzuführen. Aber selbst wenn das gelang, konnte jede Legislative bei der im Oberhaus vorherrschenden Empörung zu nichte gemacht werden. Die Gegensätze hatten sich so verschärft, daß die Peers die erste beste Gelegenheit zu benutzen trachteten, der Regierung neue Verlegenheiten zu bereiten. Auf der andern Seite forderten die Iren wie die Arbeiter wirksame Garantien gegen die Gleichberechtigung des Oberhauses; am liebsten wäre ihnen seine volle Abschaffung, also das Einkammersystem, gewesen. Natürlich wäre die Regierung niemals so weit gegangen. Ein solcher Bruch mit allen historischen Traditionen ist in Großbritannien ein Ding der Unmöglichkeit; denn einen Areopag braucht auch die Demokratie. Asquith, der zuerst zögerte und es mit vertraulichen Konferenzen der Parteiführer, die sich aber zerschlugen, versuchte, ließ sich schließlich von seinen Bundesgenossen und den Erzradikalen im eigenen Lager, die die Demütigung der „goldenen Kammer" bis zu ihrer Bedeutungslosigkeit herbeisehnten, dazu drängen, die sogenannten „Vetoresolutionen" wirklich vor das Unterhaus zu bringen. Sie wurden dort am 14. April 1910 mit erdrückender Majorität angenommen. Nach diesen Beschlüssen soll das Oberhaus durch Gesetz für unfähig erklärt werden, das Budget abzulehnen oder mit Zusätzen zu versehen. Auch bezüglich anderer Vorlagen sollten die Befugnisse des Oberhauses so beschränkt werden, daß jede Vorlage auch ohne Zustimmung der Lords Gesetz wird, die in drei aufeinander folgenden Sessionen — nicht etwa, was staatsrechtlich diskutabel gewesen wäre, in zwei aufeinander folgenden Legislaturperioden — vom Unterhause angenommen und dem Oberhause wenigstens einen Monat vor dem Sessionsschluß zugesandt worden ist, und zwar unter der Voraussetzung, daß sie die königliche Sanktion erhalten hat und daß zwischen dem Tage ihrer

ersten Einbringung im Unterhause und dem Tage ihrer dritten Annahme in diesem Hause wenigstens zwei Jahre verstrichen sind. Das Oberhaus dagegen war auf Grund der Anregungen des Lord Roseberys zu folgenden Reformen bereit: „Die Zweite Kammer sollte hinfort aus drei gleichwertigen Elementen bestehen, erstens aus Männern, die durch ihr öffentliches Amt dafür geeignet seien; zweitens aus Mitgliedern, die von den Peers selber gewählt seien; drittens aus solchen, die durch irgendein außerhalb des Oberhauses einzuführendes Wahlverfahren oder auf andere Weise in das Oberhaus gebracht würden." Später wurden diese Vorschläge noch, wie folgt, näher spezialisiert: „Das Oberhaus sollte künftig zusammengesetzt sein aus drei Peers von königlichem Geblüt, aus zweihundert Mitgliedern, die von sämtlichen erblichen Peers als ihre Vertreter auszuwählen sind, aus 130 von der Krone zu ernennenden Mitgliedern, die sich außerordentliche Verdienste um den Staat erworben haben, aus zehn geistlichen Peers und aus 40 lebenslänglichen Peers." In letzter Stunde erklärte sich das Oberhaus auch noch bereit, „bei Gewährung gewisser Sicherheiten auf sein verfassungsmäßiges Recht der Zurückweisung von Finanzvorlagen zu verzichten." Man muß zugeben, daß die Peerskammer ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hat. Bei Licht betrachtet, hatte man bezüglich des Budgets und der Steuergesetze das Einkammersystem und eine Verjüngung des Oberhauses eingeräumt. Weiter zu gehn, wäre Selbstmord gewesen. Namentlich der zuletzt genannte Beschluß, der ja allerdings nur eine Einladung zu neuen Verhandlungen bedeutete, hätte bei gutem Willen auf der andern Seite sehr wohl zu einem brauchbaren Kompromiß führen können. Wie schon gesagt, der Premier konnte nicht mehr zurück. „Biegen oder brechen" hieß jetzt seine Parole, und so empfahl er dem König die nochmalige Auflösung des Parlaments. Nach den Absichten der Regierung sollten sich die Wahlen unter dem Schlachtruf „Für oder gegen das Oberhaus!" vollziehen. Es ist indessen ein eigen Ding mit solchen ministeriellen Wahlaufrufen. Der Gegner braucht sich nicht an sie zu kehren und ein leidenschaft-

licher Wahlkampf sorgt ganz von selbst dafür, daß die Basis des Streits verschoben wird. Freilich zog diesmal die Deutschenhetze nicht mehr so, wie früher. Die chauvinistische Walze, die man ein Jahr vorher mit so viel Erfolg in den Wahlphonographen eingelegt hatte, war verbraucht und gab nur abgeleierte Gassenhauer in verstimmten Tönen von sich. Das Bangemachen vor der deutschen Invasion, die Anklagen, daß das liberale Kabinett England wehrlos gemacht habe, und wie die Vorwürfe alle heißen mögen, alles das wollte nicht mehr so recht ziehen, denn leichterweisliche Tatsachen sprachen doch gar zu sehr dagegen. Die Liberalen fanden deswegen endlich auch den Mut, ihre Wähler aufzuklären und die hysterische Angst vor Deutschland in Volksmeetings zu verspotten. Aber sie befanden sich trotzdem mehr in der Verteidigungs- als in der Angriffsstellung. An Angriffsmaterial, das auf die Wählerschaft Eindruck machen konnte, fehlte es aber so wie so nicht. Insbesondere war ja die leidige irische Homerulefrage jetzt besonders aktuell geworden. Auch die Warnungsrufe vor dem radikalen kapitalfeindlichen Staatssozialismus wiederholten sich in neuer Schärfe. In vielen Wahlkreisen zog auch der Hinweis auf die Tarifreform und die damit verbundenen Segnungen einer imperialistischen Reform. Mit dem Imperialismus konnte man den Nationalstolz der Wähler kitzeln und umschmeicheln. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den steuerlichen Lasten, so unklar sie gedacht war — denn wenn man die Flotte rastlos vermehren wollte, mußte man auch für die Leiturgien sorgen —, gab einen guten Resonanzboden ab, um das demokratische Regime als verfehlt und ruinös zu diskreditieren. Zudem war die liberale Wählerschaft sehr kampfesmüde geworden. Es war von vornherein wenig wahrscheinlich, daß in der neuen Wahlschlacht an dem Stärkeverhältnis der Parteien Erhebliches geändert werden würde. Es war also keine besondere Kunst, zu prophezeien, daß es diesmal zu einem „toten Rennen" kommen werde. In der Tat ist diese Voraussage vollständig eingetroffen. Die schon mitgeteilten ziffermäßigen Wahlergebnisse beweisen das schlagend. Es ist alles beim Alten

geblieben, und wenn man von den Nationalisten und „Sozialisten" absieht, so haben fast ebenso viel bürgerliche Wähler für wie gegen das Oberhaus votiert. Will man aber die Stimmen wägen und nicht nur zählen, so ist das Ergebnis für die Demokratie noch erheblich ungünstiger. Diejenigen gesellschaftlichen Klassen, die Alt-England nach innen und außen vertreten, und in denen die Geschichte des Landes und fest eingewurzelte Traditionen verkörpert sind — bei uns in Deutschland würde man sagen die „staatserhaltenden Parteien" —, haben in ihrer großen Mehrheit sich nicht auf seiten der Liberalen geschlagen, und wenn ein Teil von ihnen doch gegen Balfour gestimmt hat, so geschah das aus Aerger über die zweideutigen Manöver und die Grundsatzlosigkeit dieses, im weiteren Kampf zügellos gewordenen Führers der Opposition, was bei den Dezemberwahlen besonders kraß in die Erscheinung trat. Balfour hat, wie deutsche und englische Blätter mit Recht hervorheben, sich in dem Wahlkampfe der letzten Wochen unnötig diskreditiert. Er zeigte sich mit der Wetterfahne „der Times", die der deutsche Philister immer noch als das führende Blatt des „perfiden Albions" ansehen zu dürfen glaubt, als durchaus wahlverwandt. Dieses Cityblatt, das von seinem alten Ruhme, der darin bestand, daß es der jedesmaligen Regierung als Preßreptil zur Verfügung stand, kümmerlich zehrt, ist nicht die Quelle, aus welcher man die wirklichen Anschauungen der britischen Konservativen kennen lernen kann. Es ist prinzipienlos, rabulistisch, ein Tummelplatz einer politischen Klopffechterei sondersgleichen. Balfour, der, wenn es ihm paßt, nur um ein paar Parlamentssitze zu erobern, sich hinstellt und einen drohenden Konflikt mit Deutschland prophezeit, brachte es fertig, sich gleichsam über Nacht zum Protektionismus zu bekehren. Zu Beginn der Wahlen hat er verkündet, er wolle ein Referendum über die Tarifreform provozieren. Als er merkte, daß er damit nur Uneinigkeit im eigenen Lager erzeugte, ließ er die Zollfrage wieder fallen und suchte mit einem neuen Kampfbudget im Trüben zu fischen. Als er erkennt, daß auch mit dieser Methode der Agitation nichts Rechtes anzufangen ist, stellt er schließlich

die Homerulefrage, die allerdings nachhaltigeren Eindruck zu machen versprach, in den Vordergrund seines Wahlprogramms.

Wahrscheinlich wären die Wahlen viel mehr zugunsten der Unionisten ausgefallen, wenn sich ihr Führer weniger Blößen gegeben hätte. Hätte er sich damit beschieden, darauf hinzuweisen, daß England mit seiner neuzeitlichen Demokratie auf dem besten Wege sei, die geschichtlichen Grundlagen des ganzen Staatswesens und der ganzen Volkswirtschaft zu unterwühlen, und sein Prestige auch dem Auslande gegenüber zu verscherzen, daß aber die innere und äußere Politik in enger Wechselwirkung stehen müssen, so hätte das vollständig genügt. Denn diese Ansicht ist sehr weit verbreitet. In den Kreisen, die Besitz und Bildung, Großhandel und Industrie, also die Trägerinnen des Wohlstandes des Landes repräsentieren, hat die Abneigung gegen die dem Volke zugemutete Revolution von unten immer festere Wurzeln gefaßt. Die herrschende Gesellschaft will einem Häuflein von Radikalen zuliebe, das sich nicht scheut, mit den irischen Reichsfeinden sich zu verbrüdern, nicht einen Sprung ins Dunkle nach dem andern machen. Vollends der Gedanke, daß Lloyd-George an Asquiths Stelle treten und Premierminister werden könnte, mußte bei der englischen Gesellschaft geradezu einen Sturm des Entsetzens erregen. Ebenso wenig will man aber die dauernde Superiorität des Oberhauses, wo ein paar hundert weltfremder Landlords den Ausschlag geben können, zugestehen. Für eine vernünftige und zeitgemäße Reform der Peerskammer sind zahllose besonnene Politiker links und rechts zu haben. Sie wird auch kommen. Der politisch geschulte Brite liebt es indessen nicht, daß solche Verfassungsänderungen gleichsam auf der Straße gemacht werden. Wozu ist das Parlament da? Solche Neuerungen wollen gründlich überlegt sein, denn es handelt sich um außerordentlich folgenschwere Schritte, die, wenn sie einmal getan sind, kaum mehr rückgängig zu machen sind. Am allerwenigsten will man aber einen solchen Umsturz aus den Händen einer Zufallsmehrheit des Unterhauses, die zu zwei Dritteln aus Iren, zu einem andern Drittel aus „Kollektivisten" besteht, entgegennehmen.

IV.

Was nun? Das ist die Frage, die jetzt auf allen Lippen schwebt. Die Heißsporne auf der einen Seite fordern die Peers zu einem passiven Widerstand bis aufs Messer auf. Die Hetzer auf der andern Seite, also namentlich die Leute um Lloyd-George, verlangen vom König nichts weniger als einen Pairschub, der etwa 500 neue Oberhausmitglieder brächte, um auf diese Weise die Vetobill in der Ersten Kammer durchpeitschen zu können. Beide Eventualitäten sind nach meiner festen Ueberzeugung gänzlich ausgeschlossen. Rechtsstehende Staatsrechtslehrer Englands haben stets den Standpunkt vertreten, daß das Veto der Lords immer nur als ein suspensives gedacht sei, sobald nämlich eine Parlamentsauflösung die bisherige Unterhausmehrheit bestätigt habe. Die der Peerskammer angesonnene Vetobill ist von Asquith, gewiß nicht unabsichtlich, nur in die Form allgemein und unverbindlich gehaltener, allerdings viel zu weit gehender Resolutionen gekleidet worden. Es handelt sich nicht etwa um paragraphierte Verfassungsveränderungen, die alsbald Gesetz hätten werden können, sondern um Richtlinien und Grundzüge einer neuen modernisierten Konstitution. Die Vorschläge des Lord Rosebery bieten im Gegensatz hierzu eine um vieles brauchbarere Grundlage für eine vernünftige Legislative der nächsten Zeit. An sie werden die Führer des Oberhauses, wenn sie keine neuen Fehler machen und die heillose Verwirrung im Lande beseitigen wollen, jetzt wieder anzuknüpfen haben. Voraussichtlich werden alsbald nach dem Jahreswechsel die vertraulichen Verhandlungen der Parteihäupter, die vor einem halben Jahre aus unbekannten Gründen abgebrochen

worden sind, wieder aufgenommen werden. Der neue König, dem die Fortsetzung der vermittelnden Tätigkeit seines Vaters obliegt, der zudem vor seiner Krönung steht, also inneren Frieden und frohe Stimmung braucht, wird seinen Premier anweisen, die Kompromißverhandlungen mit Ernst und Nachdruck aufs neue in die Wege zu leiten. Weigert sich freilich Asquith, was nicht sonderlich wahrscheinlich ist, so muß er eben einem andern liberalen Staatsmanne, der das Vertrauen des Königs und gleichzeitig Ansehen im Oberhause genießt, Platz machen. Wenn es Asquith allein nachgegangen wäre, wäre so wie so der Konflikt nicht zu solcher Schärfe ausgeartet. Der Premier ist offenbar im Schoße des Ministeriums im Stich gelassen worden.

Schon jetzt machen konservative Parteiführer und ihnen nahestehende Zeitungen dafür Stimmung, daß man dem Oberhaus Zeit lasse, um seine eigene Reformbill ausarbeiten zu können. Ein Reformplan, der von der nächst beteiligten Seite ausgeht, hat jedenfalls viel mehr Aussicht, die mittlere Linie zu finden, als ein solcher, der in der schwülen Kampfatmosphäre des Hauses der Gemeinen ausgebrütet wird. Dort werden die radikalen Elemente im Bunde mit den Vertretern der unabhängigen Arbeiterpartei, die „alles oder nichts", vor allem aber die grundsätzliche Festlegung auf eine demokratisch-soziale Politik verlangen, Forderungen aufstellen, die unmittelbar auf ein Einkammersystem hinauslaufen. Die Mehrheit der Nation will aber nun einmal dieses Einkammersystem nicht, weil sie eine Parteidiktatur verabscheut, namentlich eine solche unter Führung eines Demagogen von dem Schlage Lloyd-George's. Gemäßigte Liberale, wie Sir Edward Grey, der die auswärtigen Angelegenheiten im Kabinett Asquith bearbeitet, aber dort stark ins Hintertreffen geraten zu sein scheint, sind schon vor Jahresfrist für eine moderierte Oberhausreform etwa nach dem Vorbild des französischen Senats eingetreten. Grey's Ansichten berühren sich also einigermaßen mit den bekannten Vorschlägen Rosebery's, dem möglicherweise die wichtigste Vermittlerrolle zwischen Krone und Oberhaus zufallen wird. Vielleicht kann man die Zustimmung

des Unterhauses zu dem Kompromisse auch dadurch erkaufen, daß man das ziemlich überflüssige Pluralwahlrecht, das bekanntlich darin besteht, daß ein Wähler, der in verschiedenen Wahlkreisen Grundbesitz hat, in jedem wahlberechtigt ist, fallen läßt. Es handelt sich allerdings um mehrere hunderttausend Stimmen, die zudem vorwiegend den Konservativen zugute kommen. Doch ist von der Wiederaufnahme dieses Planes in der letzten Zeit nichts bekannt geworden. Vor zwei Jahren haben die Lords die Asquith'sche Bill, die die Pluralstimmen beseitigen wollte, verworfen.

Lloyd-George hat vor vierzehn Tagen, als die Hauptwahlresultate bereits bekannt waren, in einer Rede erklärt, die Vetobill sei nicht der Abschluß, sondern der Beginn eines durchgreifenden Reformprogramms der Regierung. Nichts charakterisiert diesen intransigeanten Draufgänger besser als eine solche Renommisterei. Offenbar legt es dieser demokratische Politiker geradezu darauf an, die Gegensätze noch weiterhin zu ganz unversöhnlichen zu machen. Er wird aber damit auf die Dauer kein Glück haben. Denn was er will, läßt sich nur durch den famosen Monsterpairschub, zu dem man den König verleiten will, erreichen.

Das Oberhaus zählt zurzeit 615 stimmfähige Mitglieder, darunter 544 erbliche, die sich meist im Oberhaus gar nicht sehen lassen und die der englische Volksmund bezeichnenderweise „die Hinterwäldner" nennt, weil sie nur dann in Scharen vom Lande herbeiströmen, wenn es gilt, dem verhaßten Unterhaus eins auszuwischen. Von einem solchen ausnahmsweise reichbesetzten Hause wurde das Asquith'sche Budget vor Jahresfrist abgelehnt. Die Zahl der Peers hat sich im Laufe der Zeit stark vermehrt. Sowohl liberale wie konservative Kabinette haben viele neue Mitglieder kreiert. Der berühmte Beschluß der Peerskammer, der das Signal zum Kampfe gab, wurde mit 350 gegen 75 Stimmen gefaßt. Die Mehrheit betrug also 275. Nimmt man an, daß auch die fehlenden 190 Peers Budgetgegner Obstruktion trieben, so wäre in der Tat ein Pairschub von annähernd 500 Peers notwendig, um den Widerstand zu brechen.

Es spricht nicht gerade für eine besondere politische Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe, wenn die englischen Radikalen ihrem Publikum vorzureden suchen, daß man dem König eine so groteske und sicherlich nicht einmal populäre Gewaltmaßregel zutrauen könne. Wenn man auch von dem Sohne des klugen Eduard, dem „ersten Gentlemen des Landes", und seinen politischen Gesinnungen so gut wie nichts weiß, so dürfte doch das wenigstens feststehen, daß Georg der Fünfte zu einer solchen Farce sich niemals hergeben kann. Der König würde sich und das ganze Land damit sträflich blamieren. Auffallen muß es auch, daß man gar nicht daran denkt, ob sich denn wirklich Männer von sozialem Ansehen, die ihr Land und seine Geschichte lieben, zu einer solchen Komödie und solchen Schergendiensten bereit finden werden. Eine Ernennung zum Peer galt bisher für die höchste Ehre, die der Souverän einem im öffentlichen Leben stehenden Manne erweisen konnte. Ein Pairschub bedeutet eine solche Ehrung nicht, hat sich aber im Laufe der Geschichte wiederholt als eine politische Notwendigkeit erwiesen, aber stets ist man mit diesem Mittel sehr vorsichtig umgegangen. Nur wenn es sich um bescheidene Korrekturen der Mehr- und Minderheiten handelte, griff die Regierung zu dieser ultima ratio regis. Voraussetzung war allemal, daß im Unterhaus eine geschlossene Eigenmehrheit bestand, die verlangen konnte, daß dieser konstitutionellen Macht auch im Oberhause Rechnung getragen werde. Im vorliegenden Falle besteht eine solche Eigenmehrheit nicht, und ebenso wenig handelt es sich um eine leise Korrektur der Kräfteverteilung, sondern um eine rücksichtslose Majorisierung. Man will das Oberhaus in seiner Mitgliederzahl beinahe verdoppeln und zwar zu dem ausgesprochen alleinigen Zwecke, daß die neugebackenen Peers der Instanz, in die sie berufen werden, ihre legalen Befugnisse nehmen. Das sieht einem Staatsstreich sehr ähnlich. Man wird verführt, bei diesem possenhaften Vorschlag an Elard v. Oldenburg, den vielgenannten „Januschauer", zu denken, der — allerdings nur exempli drastici causa — mit dem skurilen Gedanken

spielte, der Kaiser könne den Deutschen Reichstag mit einem Wachkommando auseinandertreiben. Man sieht: die Extreme berühren sich! Demagogentum ist Demagogentum. Was aber Mr. Lloyd-George anbetrifft, so wird er noch lernen müssen, daß er noch lange kein Oliver Cromwell ist.

Man wird die Oberhausfrage auf weniger tragikomische Weise, nicht durch einen Monster-Pairsschub, sondern auf regulärem, konstitutionellen Wege zu lösen haben. Die englische Nation hat zu viel Achtung vor den ehrwürdigen Einrichtungen seiner Verfassung, als daß sie dulden kann, daß man sie zur Karikatur verzerrt. —

Erfreulicherweise mehren sich schon jetzt unmittelbar nach den Wahlen die Kundgebungen, in denen die politische Situation in England frei von Parteischlagworten, nüchtern und doch mit patriotischer Wärme behandelt wird. Noch ganz kürzlich, als schon ein Teil dieser Blätter in Druck gegeben war, hat in der „Frankfurter Zeitung" einer der namhaftesten englischen Historiker, der auch in Deutschland durch sein Werk über Napoleon bekannt geworden ist, der berühmte ehemalige Cambridger Professor und jetzige Vorkämpfer für die University Extension, John Holland Rose, einen höchst lehrreichen Aufsatz veröffentlicht, in dem beiden Parteien ihre Sünden vorgerechnet werden. Genau ein Jahr vorher hat ein nicht minder bekannter britischer Staatsrechtler, Mr. Sidney Low, einer der angesehensten politischen Schriftsteller des heutigen Englands, dessen Hauptwerk „The Governance of England" auch in Deutschland viel gelesen wird, sich im gleichen demokratischen Blatte in ganz ähnlichem Sinne wie Holland Rose geäußert. Beide hatten die Möglichkeit gegeben, daß die demokratische Welle, die unter dem Einflusse des südafrikanischen Krieges das konservative Kabinett weggeschwemmt hat, sich wieder verlaufe. „Der Kenner der Geschichte weiß recht gut," — so sagt der Erstere — „daß in Großbritannien die Dinge dem Vertrage und nicht der Revolution zustreben. Schon zeigen sich beruhigende Symptome. Die Vorschläge von Rosebery und Lansdowne unterscheiden sich nicht allzu weit von dem, was die Majorität der

Liberalen durchgeführt sehen will. Es ist wahrscheinlich, daß die Konferenz zu nichts kam, entweder weil man sich mißtraute, oder weil jede Partei glaubte, daß eine allgemeine Wahl ihre Position verbessern würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, und die Chancen sind, daß nunmehr der Geist des Kompromisses wieder über den des hitzigen Parteigängertums, welcher die Wahlen von 1910 kennzeichnete, die Oberhand gewinnt." Holland Rose schließt seinen Aufsatz mit folgenden beachtenswerten Betrachtungen: „Wenn wir also die Situation im Lichte der Geschichte überblicken, dann werden ihre beunruhigenden Züge schwächer. Sie waren hauptsächlich der Unruhe zuzuschreiben, die der südafrikanische Krieg hervorgebracht hat. Wenn die bittere Parteizwietracht und der schwere finanzielle Druck, welche die Folgen dieses Krieges sind, verschwunden sind, dann wird sich die Entwicklung wahrscheinlich auf Linien bewegen, die von denen der Vergangenheit nicht weit abliegen. Das Haus der Lords kann zu einem Senat oder einer revidierenden Kammer umgestaltet werden, die vier Bills (Schulfrage, Schankkonzessionsfrage, Pluralwahlrecht und schottische Bodenreform), die es verworfen hat, werden beinahe sicher Gesetz werden, auch die Abschaffung des Pluralstimmrechts wird die konservative Partei nicht ruinieren. Wenn sie sich der neuen Lage anpaßt, mit der Weisheit, welche die Jahre nach 1832 und 1884 kennzeichnete, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie mit der nächsten Wahl zur Macht zurückkommt. Denn bis zu dieser Zeit werden die liberalen Reformen den seßhaften Instinkt, auszuruhen und dankbar zu sein, wieder neu belebt haben."

Was hier gesagt ist, ist kurz vor Weihnachten, also nach den letzten Wahlen, geschrieben. Vor den beiden Wahlkampagnen hat Sidney Low folgende politische Prognose gestellt: „Doch auf diese stillschweigende und beinahe unbemerkte Revolution (die demokratische Vorherrschaft) kann eine Kontre-Revolution folgen, wenn der Aufstand der vereinigten konservativen Interessen, an dessen Spitze sich die Peers gestellt haben, von Erfolg begleitet sein sollte. Die in dem jetzigen Parlament inaugurierte Politik wird nicht von

Dauer sein können, falls das nachfolgende nicht einen ungefähr gleichen Personalbestand aufweist. Ob die alte regierende Klasse ihren Einfluß wiedergewinnen und die im Jahre 1906 neugewählten Abgeordneten wieder verdrängen wird, das ist eine der Fragen, die in den kommenden Wahlen entschieden werden müssen; und diese Frage ist in Wirklichkeit nicht weniger wichtig als die der verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen beiden Häusern des Parlaments, als das Budget oder der Schutzzoll."

Der „ungefähr gleiche Personalbestand", von dem der englische Autor spricht, ist bekanntlich bereits im ersten Wahlgange beseitigt worden. Die Dezemberwahlen haben daran nichts mehr zu ändern brauchen. Der gemäßigte Liberalismus Gladstoneſcher Richtung wird deswegen, wenn nicht alle Zeichen trügen, bald wieder die Führung übernehmen und damit dem common sense, der so lange das großbritannische politische Leben beherrscht hat, nochmals zum Siege verhelfen. Dabei fällt mit großer Wahrscheinlichkeit auch das Homeruleproblem ins Wasser. Vielleicht stürzt über diesen gefährlichen Stein des Anstoßes das ganze Asquith'sche Kabinett. Ob diese Vermutungen, die etwas gewagt erscheinen mögen, das Richtige treffen, wird das kommende Jahr lehren. Jedenfalls bringt es neue parlamentarische Kämpfe, die für das England von einschneidender Wichtigkeit sein werden. Aber auch die ganze Kulturwelt wird sie mit Spannung verfolgen müssen.

Verlag von Emil Roth in Giessen.

Sammlung

nationalökonomischer Aufsätze u. Vorträge

in zwangloser Reihenfolge

herausgegeben von

Dr. jur. et phil. **Magnus Biermer,**
ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen.

Die „Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge" bezweckt die Behandlung wirtschaftspolitischer Zeit- und Streitfragen in gemeinverständlicher Form. Der nationalökonomische Dozent kommt nicht selten in die Lage, in Vereinen, Fortbildungskursen und sonstigen Veranstaltungen gemeinnütziger Art, staatswissenschaftliche Probleme der Gegenwart vor einem größeren Publikum in leicht verständlicher Form zu behandeln, zumal das Interesse an nationalökonomischen Dingen in so erfreulicher Zunahme sich befindet.

Im Hinblick auf mehrfach vorgetragene Wünsche, es möge doch eine Sammlung solcher Reden und Veröffentlichungen geschaffen werden, haben sich Herausgeber und Verleger entschlossen, in zwangloser Folge wirtschaftspolitische Abhandlungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Sammlung soll in einzelnen Heften zu mäßigen Preisen erscheinen und der Zusammenhang der einzelnen Nummern in der Art hergestellt werden, daß zehn Nummern einen Sammelband darstellen. Die einzelnen Hefte werden durchpaginiert, und der fertige Band wird mit einem Inhaltsverzeichnis und Sachregister versehen werden, auch gelangt mit Ausgabe der Schlußlieferung eines jeden Bandes eine Einbanddecke zum Preise von Mk. 1.20 zur Ausgabe.

Band I dieser Sammlung (10 Hefte) liegt komplett vor.

(Anzeige darüber siehe letzte Umschlagseite.)

Bestellungen wolle man gefälligst bei einer Buchhandlung einreichen, direkten Aufträgen ist der Betrag beizufügen, eventuell wird er bei Frankolieferung per Nachnahme erhoben.

Verlag von Emil Roth in Gießen.

Früher erschienen:

Sammlung

nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge

in zwangloser Reihenfolge

herausgegeben von

Dr. jur. et phil. **Magnus Biermer,**

ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen.

1. Band.

Heft 1: Das Problem der ländlichen Grundentschuldung und die Organisation des Realkredits. 3 Bogen. . . . Preis 60 Pfg.

Heft 2: Der Kampf um den Taler. Der Bimetallismus und die Agrarkrisis. Arbeitskammern. 4 Bogen. . . . Preis 60 Pfg.

Heft 3: Neue Steuerreform in Staat und Gemeinde. 5 Bogen. Preis 1 Mk.

Heft 4: Die letzte deutsche Wirtschaftskrisis und ihre Ursachen. 3 Bogen. Preis 60 Pfg.

Heft 5—8: Die kaufmännische Mittelstandsbewegung und das Warenhausproblem. $11^1/_4$ Bogen. . . . . Preis 2 Mk. 40 Pfg.

Heft 9: Der Streit um die russischen Finanzen der Gegenwart und die neue russische Milliardenanleihe. 2. Auflage. $4^3/_4$ Bogen. Preis 1 Mk.

Heft 10: Die deutsche Geldverfassung. Zweite vermehrte Auflage. $4^1/_4$ Bogen. Preis 80 Pfg.

Einbanddecke zu Band I in Halbfranz . . . . Preis Mk. **1.20**

Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge Band I (Heft 1 bis 10) . . . . **komplett** broschiert Mk. **6.—**.

Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge Band I (Heft 1 bis 10) . . in gedieg. Halbfranzbd. Mk. **7.50.**

2. Band.

Heft 1: Der Fall Dr. Dullo in Offenbach a. M. und seine kommunalpolitische Bedeutung. $1^3/_4$ Bogen. . . . Preis **50** Pfg.

Heft 2: Der neue Reichsbankgesetzentwurf. $4^3/_4$ Bogen. Preis **80** Pfg.

Heft 3: Der Kampf um die Nachlaßsteuer. 2 Bogen. Preis **60** Pfg.

Heft 4: Die Geldbeschaffung für Arbeiterhäuser über die mündelsichere Grenze hinaus. $1^1/_2$ Bogen. . . . . Preis **60** Pfg.

Heft 5: Der Kursstand unserer Staatspapiere. 3 Bogen. Preis 1 Mk.

Heft 6: Die indirekte und die direkte Wertzuwachssteuer. ca. 3 Bogen. Preis 1 Mk.

HB
44
B5
Bd.2
Heft 7

Biermer, Magnus
Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge in zwangloser Reihenfolge

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 11 14 04 08 013 7